



Erfurt Bürger diskutieren über Zukunftsideen

► 1. LOKALSEITE



Erfurt Rot-Weiß-Kicker holen mit 2:2 einen Punkt in Aalen

► SPORT

LEITARTIKEL

Würdevolles Erinnern



HANNO MÜLLER über die Pläne für ein Mahnmal für DDR-Opfer

In Deutschland gibt es viele Erinnerungsorte und Denkmale, an denen der Opfer des Naziterrors gedacht wird. Das muss so sein. Die Verbrechen des Dritten Reiches, die in der industriellen Massentötung von Juden, Sinti und Roma oder unheilbar Kranken gipfelten, suchen ihres Gleichen und dürfen nicht vergessen werden.

Daneben haben es die Opfer des in der DDR erlittenen Unrechts schwer. Erst nach 25 Jahren hat sich der Bundestag für ein entsprechendes zentrales Mahnmal ausgesprochen. Die Ausführung ist bisher über interessante Vorschläge und Entwürfe nicht hinausgekommen.

SED und Stasi haben Andersdenkende verfolgt, zersetzt, erniedrigt, in jahrelanger Haft gedemütigt und häufig gebrochen. Auch wenn die Menschheitsverbrechen im Dritten Reich in ihren Dimensionen schwerer wiegen, so müssen dabei die Untaten des DDR-Systems einen festen Platz in der Erinnerungskultur erhalten.

Thüringen geht mit gutem Beispiel voran. Mit der Gedenkstätte in der Erfurter Andreasstraße gibt es hier einen Ort, der individuelles Leid in der Stasihaft ebenso in den Blick nimmt wie den Widerstand dagegen. Grenzmauern nehmen sich der Schicksale von Grenztoten und Fluchtopfern an.

Der heutige 9. November steht für beides – die Pogrome und das Ende der SED-Herrschaft. Die Zusage des Bundestages zum Mahnmal für DDR-Opfer ist ein erster Schritt. Nun muss eine würdevolle Umsetzung folgen. Ein Hin und Her wie seinerzeit in Jena, wo dem Denkmal für die „Verfolgten 1945 bis 1989“ eine quälende Debatte mit kränkenden Absagen vorausging, ist den Opfern nicht zuzumuten.



Foto: Marco Schmidt

Tatra-Bahnen verlassen Erfurt

Sie gehörten zu den ersten Exemplaren ihres Typs, die an die DDR geliefert wurden. Nun ziehen zwei Züge ins Museum um.

► LOKALES

DDR-Unrechts-Opfer drängen auf zentrales Mahnmal

Bundestag soll sich zu Kosten für Denkmal bekennen. Ramelow fordert stärkere Berücksichtigung lokaler Gedenkort

VON AXEL FICK

Erfurt. Anlässlich des 26. Jahrestages des Mauerfalls drängen die Verbände der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) auf die Errichtung eines Zentralen Mahnmals in Berlin. „Ich hoffe, dass der Bundestag noch in der laufenden Wahlperiode bis 2017 einen Errichtungsbeschluss verabschiedet wird“, sagte der Bundesvorsitzende, Dieter Dombrowski, unserer Zeitung.

Aufarbeitung sei zwar am schwierigsten, wenn Opfer und Täter noch lebten. „Aber es ändert nichts daran: Jetzt ist der deutsche Bundestag gefordert, etwas zu tun und nicht abzuwarten, bis wir alle tot sind“, so Dombrowski, der auch Vizepräsident des Brandenburger Landtages ist. Der CDU-Politiker war 1974 selbst wegen versuchter Republikflucht zu vier Jahren Haft verurteilt worden.

Der Bundestag hatte sich Anfang Oktober grundsätzlich für ein Mahnmal ausgesprochen,

dies wäre „ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur an die SED-Diktatur“, hieß es. Diese Entscheidung des Parlamentes sei zwar ein großer Fortschritt, sagt Dombrowski. „Nun muss Butter bei die Fische kommen, indem sich der Bundestag auch zu den Kosten bekennt.“

Ramelow gespannt auf konkrete Mahnmal-Pläne

Unterstützung erhält er von der Ostbeauftragten der Bundesregierung, Iris Gleicke (SPD). „Es ist klar, dass wir dieses Mahnmal brauchen, ich unterstütze das sehr“, sagte die Thüringer Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium unserer Zeitung. Ein Errichtungsbeschluss müsse so schnell wie möglich im Bundestag gefasst werden. Erst nach einer solchen Entscheidung kann ein Wettbewerb über Entwürfe für ein Denkmal ausgeschrieben werden. Der UOKG besteht auf

einem Mahnmal in der Berliner City – „zentral und sichtbar“.

Dombrowski, der 2009 während der Verteidigung von Matthias Platzeck (SPD) im Potsdamer Landtag in Stasihaft-Kleidung gegen Rot-Rot in Brandenburg protestiert hatte, fordert nun Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) auf, sich für die Errichtung des Zentralen Mahnmals einzusetzen. „Ich vermute, wenn ihm das Thema Unrechtsstaat so wichtig

ist, wie er gesagt hat, dann wird es ihm eine Herzensangelegenheit sein, unser Anliegen zu unterstützen.“

Ramelow sagte gestern unserer Zeitung, er gehe nach dem Beschluss des Bundestages davon aus, dass das Mahnmal kommt, er sei gespannt auf die konkreten Vorschläge. Zugleich warnte er davor, dass dezentrale Gedenkstätten, wie das Grenzmuseum Schiffersgrund an der thüringisch-hessischen Grenze, in den

Hintergrund gerückt würden. „Diese Orte müssen in der Gedenkarbeit stärkere Berücksichtigung finden und dürfen durch ein zentrales Mahnmal nicht überdeckt werden“, so Ramelow. Der Linken-Politiker hatte sich bei seinem Amtsantritt zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht bekannt. „Es ist gelungen, im ersten Jahr Impulse zu setzen, die bei den Betroffenen Anerkennung finden“, sagte er gestern. ► LEITARTIKEL, SEITE 5

Ramelows „Chefsache Aufarbeitung“: 100 Einzelschicksale erfasst



Ministerpräsident Bodo Ramelow. Foto: Sebastian Kahnert

Thüringen will nach Auskunft von Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) die weißen Flecken der Aufarbeitung ins Blickfeld rücken. Dazu zähle auch das Schicksal der Zwangsausgesiedelten aus den Grenzgebieten. Von Dezember 2014 bis November 2015 seien 100 Fälle erfasst worden. Darunter seien von

Repression betroffene Schüler, Zwangsausgesiedelte und Zwangsadoptierte. Viele von ihnen empfänden ihre Erfahrungen mit den rechtsstaatlich geordneten Verfahren der Aufarbeitung und Wiedergutmachung als Folgeunrecht. Für die Aufarbeitung zweier ungeklärter Todesfälle gibt es gesonderte Arbeitsgruppen.

SPORT

Thüringer HC zeigt trotz Niederlage Moral
Trotz des 28:32 in Budapest wiesen die Handballerinnen des Thüringer HC viel Moral nach.

Dortmund gewinnt Derby
Borussia Dortmund gewann das Bundesliga-Revierderby gegen Schalke 04 knapp mit 3:2.

Mühlhausen gelingt Sieg
Mit dem 3:1 über Hagen feierten Mühlhausens Tischtennispieler ihren ersten Saisonsieg.

NACHRICHTEN

Große Koalition streitet über Asylstatus syrischer Flüchtlinge
Der Thüringer CDU-Vorsitzende Mike Mohring unterstützt Pläne, den Familiennachzug für Syrier auszusetzen oder massiv einzuschränken. ► SEITE 2

Keine Vergebung für SS-Mann
Für die Holocaust-Überlebende Eva Pusztai war der Prozess gegen SS-Mann Oskar Gröning eine Genugtuung. Vergeben könne sie ihm nicht. ► SEITE 3

Lehrverträge stabilisiert
Die Zahl der abgeschlossenen Lehrverträge in Thüringen hat sich auf niedrigem Niveau bei 8000 stabilisiert. ► SEITE 4

ZITAT

„Ich habe noch niemals vorher so etwas Aufwühlendes gesehen.“

Mike Edmonson von der Staatspolizei Louisiana nach der Tötung eines 6-jährigen Jungen durch US-Polizisten

WETTER

Erfurt

morgens mittags abends
11° 16° 12°



Bauern laufen Sturm gegen Brennverbot

Landesverbände fordern Ausnahmeregelungen für den Zeitraum von Oktober bis zum März

VON DIETMAR GROSSER

Erfurt. Thüringer Landwirte und Gartenbaubetriebe haben von der Landesregierung Korrekturen am geplanten Verbot des Abrensens von pflanzlichen Abfällen gefordert.

Danach soll es ab 2016 nach dem Willen des Umweltministeriums mit wenigen Ausnahmen verboten sein, Baum- und Strauchschnitt zu verbrennen. Die bisherige Verordnung, nach der Landkreise und kreisfreie Städte Brenntage unter Auflagen erlauben dürfen, läuft zum Jahresende aus.

Die jetzt auf den Weg gebrachte Neuregelung sei „weltfremd und ökologisch äußerst fragwürdig“, so das einhellige Ergebnis einer Umfrage unserer Zeitung



Brenntage sollen verboten werden. Foto: P. Hansen

unter Bauernverbänden sowie beim Landesverband der Gartenbaubetriebe. Beide bestehen energisch auf Ausnahmeregelungen für ihre jeweiligen Mitgliedsbetriebe. So sollten bei-

spielsweise „Eigentümer von land- und forstwirtschaftlichen Flurstücken“ das Recht behalten, von Oktober an bis in das Frühjahr des Folgejahres hinein weiter sogenanntes Raffholz zu verbrennen. Darunter seien „Äste und Gestrüpp mit einer durchschnittlichen Stärke von maximal vier Zentimetern“ zu verstehen, heißt es in einem Schreiben der Landwirte im Nebenerwerb.

„Ein generelles Verbot bringt im Gegenteil unzumutbare ökologische Belastungen durch den notwendigen zusätzlichen Einsatz von schwerer Technik mit sich“, heißt es in der Stellungnahme des Verbandes.

„Viel sinnvoller und ökologisch effektiver ist ein kontrolliertes Verbrennen unter Einhaltung der Belästigungs- und

Brandschutzverordnungen“, sagt Roland Beyer vom Landesverband der Bauern im Nebenerwerb. Er fügt hinzu: „Aufwand und Nutzen müssen sich im Sinne der Umwelt in der Ökobilanz niederschlagen. Wir dürfen uns doch nicht selbst betrügen.“ Beyer beharrt auf Brennzeiten „im natürlichen Rhythmus mit der Natur in den üblichen Monaten Oktober bis zum März“.

Starker Widerstand gegen das Brennverbot in Thüringen kommt auch von den Gärtnern. Gartenbaubetrieben muss es auch in Zukunft erlaubt sein, pflanzlichen Abfall „in Ausnahmefällen und auf Antrag“ zu verbrennen, heißt es in einer Stellungnahme des Landesverbandes Gartenbau, dem sich auch die CDU-Thüringen anschließt.

Anzeige

„Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Bundespräsident Joachim Gauck

**MITMENSCHLICHKEIT LEBEN
FLUCHTURSACHEN BEKÄMPFEN
RECHT UND ORDNUNG SICHERN
KULTUR UND WERTE BEWAHREN**

Andreas Bühl • Christian Carius • Volker Emde • Wolfgang Fiedler • Kristin Floßmann • Jörg Geibert • Manfred Grob • Stefan Grunner • Christian Herrgott • Michael Heym • Gudrun Holbe • Elke Holzapfel • Jörg Kellner • Maik Kowalleck • Annette Lehmann • Christine Lieberknecht • Christina Liebetrau • Marcus Malsch • Beate Meißner • Mike Mohring • Egon Primas • Jürgen Reinholz • Manfred Scherer • Simone Schulze • Christina Tasch • Jörg Thamm • Christian Tischner • Dr. Mario Voigt • Raymond Walk • Marion Walsmann • Herbert Wirkner • Henry Worm • Gerold Wucherpfennig • Christoph Zippel



V.i.S.d.P.: Dr. Karl-Eckhard Hahn